



INFO: Dalit Solidarität

No.26

Wahlrechtskampagne CERl kann neue Erfolge verbuchen

Im Oktober 2011 hat in Berlin eine Konferenz mit Wahlrechts- und Indienexperten stattgefunden, auf der die wesentlichen Eckpunkte eines proportionalen Wahlrechts für Indien diskutiert und verabschiedet wurden. Das dabei entstandene Dokument wurde den Teilnehmer/-innen und weiteren Experten noch einmal zur internen Diskussion vorgelegt, um eine solide Basis für ein Positionspapier zu haben, das in den kommenden Monaten in Indien mit Parlamentariern, Funktionären der Parteien, sowie Vertreter/-innen aus der Wirtschaft und den Medien erörtert werden wird.

Am 10. Februar wurde das Papier im Rahmen einer großen Konferenz der Öffentlichkeit vorgestellt, bei der der als Gast anwesende **Chief Election Commissioner** Indiens eine fast schon sensationelle und völlig unerwartete Ankündigung machte: **er will eine Kommission zur Prüfung aller damit zusammenhängenden Fragen einsetzen**, in der auch unser Partner MC Raj Mitglied werden wird. Raj ist derzeit intensiv dabei, darauf zu drängen, dass die Kommission ihre Arbeit möglichst bald aufnimmt. Mit diesem überraschenden Schritt des **Commissioner** ist eines der großen Ziele von CERl fast automatisch erreicht, weil die Arbeit einer Regierungskommission als solche schon öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen und zu breiter Diskussion in den Medien führen dürfte.



Der Vorsitzende der Wahlkommission Indiens, Dr. S.Y. Quraishi (r), K.J. Rao (m) und MC Raj (l) bei der Präsentation des Eckpunktepapiers im Februar 2012 in Berlin

Die Ergebnisse der Regionalwahlen v.a. im Bundesstaat Uttar Pradesh, wo bisher die Dalitpartei BSP (Ms. Mayawati) die bestimmende politische Kraft war, sind darüber hinaus geradezu ein Paradebeispiel für die Verzerrungen des Wählerwillens, wie er im Mehrheitswahlrecht entstehen kann und deshalb dazu angetan, diese Diskussion zu befeuern (die Samajwadi Party [SP] hat mit nur 29 Prozent der Stimmen einen „Erdrutschsieg“ mit mehr als 55 Prozent der Parlamentssitze erreicht – siehe dazu den Beitrag über die Wahlen in UP).

MC Raj erhält zwischenzeitlich auch viele Anrufe von Parlamentariern sowohl aus dem Bundes- wie auch aus den Landesparlamenten mit Bitten um Gespräche und Diskussionen. Auch die *National Alliance of People's Movements*, von der Raj mit seiner Arbeit bisher geflissentlich ignoriert wurde, möchte nun eine große Veranstaltung mit ihm durchführen und das Thema in ihren Reihen aufgreifen.

Darüber hinaus hat unser in Neu Delhi lebender „Außenposten“ Klaus Voll zusammen mit dem Aspen Institut Indien eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Wahlrechtsreform unter dem Titel „Wahlrechtsreform – Traum oder Wirklichkeit“ angesetzt, bei der wiederum der *Chief Election Commissioner* das Hauptreferat halten und der Vorsitzende der Bajaj Gruppe, Rahul Bajaj, die Veranstaltung moderieren wird.

Klimafonds: Lampenprojekt für Dalitbehaltungen erfolgreich gestartet

Am 10. Januar, dem Ambedkar-Ära-Tag in REDS (*Rural Education for Development Society*) wurde nach langem Vorlauf das Lampenprojekt für Dalithäuser offiziell in Angriff genommen. 2100 Lampen, die dazugehörigen Solarpaneele und die Batterien waren geliefert und vorbereitet worden und sind inzwischen bereits installiert. Weitere Lampensets sind in Vorbereitung und bis spätestens Ende April sollen alle 12 489 Einheiten installiert sein.

Das Projekt wird über den kirchlichen „Klima-Kollekte-Fonds“ unterstützt, mit dem u.a. Brot für die

Welt, Misereor und das Nordelbische Missionszentrum ihre CO₂-Emissionen ausgleichen. Da derzeit die Fixkosten für das Monitoring im Verhältnis zu den Kosten für die Installation noch deutlich zu hoch sind, ist die Dalit-Plattform intensiv auf der Suche nach weiteren Gebern – mit der Installation weiterer Lampen würde sich dieses Verhältnis verbessern!

Beim Besuch in einem der Dörfer im Tumkur Distrikt war sehr deutlich spürbar, wie stolz die Nutzer dieser neuen Errungenschaften sind; sie haben bereitwillig über die Veränderungen in ihrem Leben berichtet. V.a. für die Frauen bringt die Elektrizität Vorteile: mussten sie bisher sofort nach Rückkehr von den Feldern mit dem Kochen beginnen, um wenigstens noch ein bisschen das Tageslicht zu nutzen, können sie sich jetzt zunächst ein wenig ausruhen, um dann bei deutlich hellerem Licht (gegenüber den Kerosinfunzeln) in aller Ruhe zu kochen. Auch die Kinder können nach Rückkehr von der Schule zuerst noch etwas spielen und sich erst später über die Hefte und Bücher beugen.



Außerdem hat sich ein ganz unerwarteter Vorteil dieser Systeme herausgestellt: während jene Haushalte, die ans Netz angeschlossen sind, nur zwei bis drei Stunden Strom am Tag haben - und das oft zu Zeiten, wo sie ihn gar nicht wirklich brauchen, können die „Solarier“ ihre Lampen genau dann einschalten, wenn sie selbst es wollen. Jede Lampe lässt sich getrennt ein- und ausschalten und die Menschen setzen das sehr bewusst und gezielt ein. Sie sind Herr über das Licht – eine völlig neue Erfahrung und so etwas wie ein Gefühl der Macht. Eine nicht geringe Zahl der „Netzer“ will jetzt umsteigen auf den Solarstrom. Dass man mit den Batterien auch die Handys aufladen kann trägt ein Übriges zur allgemeinen Begeisterung bei! Sobald genügend Erfahrungen vorliegen wird sich MC Raj daran machen, ein Konzept auszuarbei-

ten, das die indische Regierung davon überzeugt, ein auf diesem Projekt basierendes Programm für ganz Indien aufzulegen. Dies wäre ein großer Fortschritt für die Armen!

Wahlen in UP: Ein Beispiel für die Verzerrungen durch das Mehrheitswahlrecht!

Uttar Pradesh ist mit knapp 200 Millionen Menschen der bevölkerungsreichste Bundesstaat Indiens – wäre es ein selbständiger Staat, wäre er das fünftbevölkerungsreichste Land der Welt! Schon dies alleine zeigt die immense Bedeutung, die diese Wahl für Indiens politische Landschaft hat. Dazu kommt aber noch, dass dieser Bundesstaat seit fünf Jahren von einer Dalit, Frau Mayawati Kumari, in einer Koalition ihrer Bahujan Samaj Party (BSP) mit Kräften aus den höheren Kasten regiert wurde. Fast alle Dalits haben (oder hatten) die Vision, dass ihr Modell des *election engineering* auf andere Bundesstaaten und sogar auf die Union übertragbar sei und so der Tag kommen werde, an dem die Dalits zur entscheidenden politischen Kraft in Indien würden. Und in der Tat: wer die Wahl in UP gewinnt, hat fast automatisch einen Anspruch, als direkte/r Herausforderer/-in des Ministerpräsidenten anzutreten. Mit dem „Erdrutschsieg“ der Samajwadi Party (SP) hat sich dieser Traum im Nichts aufgelöst.

Die Wahl fand in sieben Abschnitten vom 8. Februar bis zum 3. März statt. Am 6. März wurden die Ergebnisse bekanntgegeben und diese sind ein Paradebeispiel dafür, welche dramatische Verzerrungen des Wählerwillens im Mehrheitswahlrecht entstehen können und eine Partei mit knapp 30 Prozent der abgegebenen Stimmen den Bundesstaat nun mit absoluter Mehrheit regieren kann.

Wahlergebnis Legislative Assembly UP 2012					
	% - Anteil Stimmen	Sitze entspr. % Stimmen	Anzahl Sitze	%- Anteil Sitze	Differenz Sitze
SP	29,15	126,94	224	55,58	+98
BSP	25,91	112,84	80	19,85	-32
BJP	15,00	65,33	47	11,66	-18
INC + Affili.	14,29	62,22	38	9,43	-24
Andere	8,18	35,63	14	3,47	-21
Total	92,53	402,96	403	99,99	

Die *Campaign on Electoral Reforms in India* (CERI) will deshalb die Chance ergreifen und dieses Ergebnis als einen Angelpunkt für die bevorstehenden Gespräche mit Parlamentarier/-innen und Funktionär/-innen der Parteien nutzen.

Betrachtet man nämlich die Stimmanteile der Parteien, wird gleich deutlich, dass von einem „Erd-rutschsieg“ der SP nur unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts gesprochen werden kann – bei den Stimmanteilen gibt es dagegen nur einen Unterschied von gut 3 Prozent und 14 Sitzen. In der gegenwärtigen Situation wird aber aus dem geringen Stimmenübergewicht ein Unterschied von 144 Sitzen!

Außer der siegreichen SP (die im Wesentlichen die sogenannten OBCs [untere Kasten] hinter sich versammelt) haben alle Parteien unter der massiven Verzerrung zu leiden, die sich aus dem gegenwärtigen Wahlrecht ergibt. Darin sieht CERI die Chance, dass sich die Parteifunktionäre aller Couleur für die Argumente pro Wahlrechtsreform öffnen und eine intensive Diskussion beginnt.

Auch bezüglich eines weiteren Eckpunktes aus den Berliner Beratungen, der „Mindestklausel“, ist das Ergebnis aus UP – bei allen Einschränkungen, die dabei bezüglich der Vergleichbarkeit gemacht werden müssen – interessant. Schon unter den gegebenen Bedingungen konnten von den 223 angetretenen Parteien nur elf einen Parlamentssitz erobern und wenigstens einen Kandidaten durchbringen. Die ausgeschiedenen Parteien haben insgesamt 7,47 Prozent der Stimmen erhalten. Wäre die von CERI vorgeschlagene Hürde von drei Direktkandidaten in Kraft, hätte dies zur Folge, dass weitere vier Parteien nicht im Parlament vertreten wären, weil sie nur einen oder zwei Wahlkreise gewonnen haben (bei einem Gesamtstimmenanteil von 2,03 Prozent). Damit läge der Gesamtstimmenverlust bei 9,5 Prozent, einem Anteil, der auch bei den meisten deutschen Wahlen von den sogenannten „Sonstigen“ erreicht wird (bei allen diesen Überlegungen muss allerdings bedacht werden, dass ein neues Wahlrecht allein durch die veränderten Bedingungen eine Konzentrationswirkung auf Parteigründungen und im Wahlverhalten mit sich bringen würde).

Erstaunlich ist, dass die Wahlbeteiligung trotz der großen Bedeutung dieser Wahl bei nur 59,5 Prozent lag, aber dennoch die höchste seit je in UP war! Diese Tatsache bedarf einer eingehenden Analyse, v.a. auch unter dem Gesichtspunkt, ob ein verändertes Wahlrecht dies verändern würde.

UN-Sonderberichterstatterin besorgt über die Situation von Dalit-Menschenrechtsverteidigern

Die UN-Sonderberichterstatterin über die Situation von Menschenrechtsverteidigern Margaret Sekaggya hat im Januar zum ersten Mal auf offizielle

Einladung der Regierung Indien besucht. Sie war sehr beeindruckt und betroffen von dem Gespräch, das wir mit ihr im Juni letzten Jahres in Genf geführt hatten.

In ihrem Bericht geht sie v.a. auch auf die Situation der Dalit-Menschenrechtsverteidiger/-innen ein und betont dabei, dass diese unter Bedrohungen und schweren Menschenrechtsverletzungen litten, die durch die kastenbedingte Diskriminierung und ein nicht gut funktionierendes Rechtswesen bedingt seien.

Sie drückt im Bericht ihre Bewunderung über den Mut der Dalit-Aktivisten aus und benennt einige der Einschränkungen und Gefährdungen, unter denen sie ihre Arbeit tun: sie sind mit Todesdrohungen, Zerstörung ihres Eigentums, Misshandlungen, falschen Anzeigen bei der Polizei und öffentlichen Beleidigungen, die auf ihre Kastenherkunft anspielen, konfrontiert.

Ein beliebtes Mittel der Einschüchterung ist die Bedrohung der Familien der Aktivisten. Sie schreibt dazu: *“For instance, the relatives of a Dalit activist tried to convince him to give up his work because they received threats from the dominant caste, stating that he would be killed if he continued his activities. The police arrested several persons who were later released on bail and are yet to be charged. These same perpetrators reportedly continue to threaten the family, urging the activist to withdraw his complaint.”*

Sie fordert, dass die staatlichen Organe, angefangen bei der Polizei über die Justiz bis hin zu den Menschenrechtskommissionen deutlich mehr tun, um bessere Arbeitsbedingungen für die Aktivisten zu schaffen. Die Rechenschaftspflicht bei Übergriffen, so Sekaggya, muss absolute Priorität haben und die Täter müssen lückenlos der Gerechtigkeit überantwortet werden.



Photo: UN Photo

Der vollständige Bericht von Frau Sekaggya kann unter dem link

http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/19session/A.HRC.19.55.Add.1_en.pdf

eingesehen und heruntergeladen werden.

Anstieg der Übergriffe auf die sogenannten SCs und STs in Westbengalen

Staatliche Organe im Bundesstaat Westbengalen zeigen sich besorgt über den deutlichen Anstieg der bei der Polizei gemeldeten Übergriffe auf Dalits und Adivasi. Westbengalen hält große Stücke auf sich, weil dort angeblich die Kasten und kastenbedingte Diskriminierung keine so große Rolle spielten wie z.B. in den Bundesstaaten Bihar und Uttar Pradesh. Bei einem Treffen des *state-level vigilance and monitoring committee* (Wachsamkeits- und Kontrollkomitee) im Februar in Kalkutta wurde lebhaft darüber diskutiert, ob dies auf einen realen Anstieg zurückgehe oder ob es an dem gewachsenen Bewusstsein der Dalits und Tribals über Unrecht und Menschenrechte und über ihre Würde und dem damit einhergehenden steigenden Willen liege, Übergriffe anzuzeigen. Der *SC/ST Prevention of Atrocities Act* bietet dafür bessere Voraussetzungen als je, zumal er mit einem Straf- und Entschädigungskatalog (der erst vor kurzem verschärft wurde) versehen ist, der auch die Opfer im Blick hat.

Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit dürfte es sich dabei nicht um ein ‚Entweder-Oder‘ handeln, sondern beide Komponenten werden daran beteiligt sein. Dalit-Aktivist*innen berichten jedenfalls, dass mit dem wachsenden Selbstbewusstsein und einer zunehmenden „Widerständigkeit“ der Dalits die Gewalt von oben zunehme. Nach dem Motto „Wehret den Anfängen!“ werden die Dalits für jedes Verhalten, das in den Augen der dominanten Kasten als ‚unbotmäßig‘ angesehen wird, drastisch gemaßregelt. Diese Entwicklung verschärft natürlich auch das Risiko der Dalit-Aktivist*innen – eine Tatsache, die durchaus zur Sorge Anlass gibt (s. dazu den Bericht über den Besuch der UN-Sonderbericht*lerin in Indien).

Zusammen mit dem *National Dalit Movement for Justice (NDMJ)* arbeitet die Plattform daran, Konsequenzen für die Arbeit dieser ‚Bewegung für Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit‘ zu ziehen und die Strategie entsprechend darauf einzustellen.

Zweite Runde des *Universal Periodic Review (UPR)* für Indien

Am 24. Mai wird der UN-Menschenrechtsrat nach zwei Jahren erneut im Rahmen des UPR die Menschenrechtssituation in Indien einer kritischen Prüfung unterziehen. Die *National Campaign on Dalit Human Rights (NCDHR)* hat dazu einen ‚Schattenbericht‘ vorgelegt, der sich sowohl mit der Verwirklichung der bürgerlichen und politischen als

auch mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten auseinandersetzt. Der Bericht wurde in einem sehr breit angelegten Beratungsprozess erarbeitet und am Ende von 563 Organisationen unterstützt.

Darüber hinaus war NCDHR auch an der Erarbeitung eines Berichts über *Freedom of Religion in India* beteiligt, der insbesondere die in der Verfassung zugesicherte Religionsfreiheit zur Basis seiner Argumentation macht und sich gegen jedwede Einschränkung religiöser Betätigung ausspricht.

Die beiden Berichte können beim Koordinator der Plattform angefordert werden.

Termine für 2012 – bitte vormerken

Als Termine für die **Sitzung der Steuerungsgruppe** wurden der **31. Mai** und der **29. November 2012** festgelegt.

Das traditionelle **Indienseminar in Bad Boll** findet vom **21. bis 23. September 2012** statt und hat den **Arbeitstitel „Die wirtschaftliche Entwicklung Indiens und die Zukunftssicherung der Armen“**. Wie nun schon gewohnt, wird die **Jahresversammlung** der Plattform dem Boller Seminar vorgeschaltet und wurde deshalb auf den **20. bis 21. September 2012** gelegt.

In Zusammenarbeit mit der **„Deutsch-Indischen Zusammenarbeit (DIZ)“** ist am Samstag, den **16. Juni** ein Seminar in Frankfurt über **„Dalits in Indien“** geplant.

Dalit-Info Nr. 26 – März 2012

Herausgeber: Plattform Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD); Koordinator: Walter Hahn,

Kontaktadresse: Friedhofstraße 32, 71088 Holzgerlingen, Tel.: 07031/4364733, Fax: 0711/2159288
e-mail: w.hahn@brot-fuer-die-welt.org

Spenden für unsere Arbeit sind sehr willkommen.

Spendenkonto der Plattform bei: Postbank Frankfurt, Kto-Nr.: 944 522 604, BLZ: 500 100 60, Stichwort: Dalitsolidarität – Ph. Müller.

Website: www.dalit.de

In der „Plattform Dalit Solidarität in Deutschland“ arbeiten u.a. folgende Organisationen zusammen: Brot für die Welt, die Evang. Studierendengemeinde Frankfurt, das Ökumenische Zentrum in Frankfurt, das Evangelische Missionswerk in Deutschland, die Adivasi-Koordination, Aide à l'enfance de l'Inde (Luxemburg), die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, die Andheri-Hilfe, Caritas, DESWOS, FIAN International, HEKS (Schweiz), die Indienhilfe Herrsching, Inkota, Missio Aachen, die Missionswerke in Südwestdeutschland, Nordelbien, Leipzig und Niedersachsen, das Hunger-Projekt, der „Weltgebetstag der Frauen“ und viele Einzelpersonen aus dem Bereich von Aktionsgruppen, Publizistik und Wissenschaft, sowie Misereor, der EED und das „Dalit Freedom Network“ als Beobachter. Den Grundsätzen der Plattform entsprechend ist diese „Dalit-Info“ offen für Beiträge verschiedener Ansätze und Richtungen der Dalit-‚Bewegungen‘ in Indien und für die Netzwerke aus anderen südasiatischen Ländern bzw. über den Kreis des „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) hinaus. Die enge Verflechtung mit der Arbeit der indischen „National Campaign on Dalit Human Rights“ und dem IDSN ist jedoch wesentliche Voraussetzung der Informations- und Lobbyarbeit hier in Deutschland.